

**Rede von
Josef Hülsdünker,
Vorsitzender DGB-Region Emscher-Lippe**

in Gladbeck

**anlässlich des Gedenkens an die Pogrome des 9.
November 1983**

- Es gilt das gesprochene Wort -



Liebe Gladbecker Bürgerinnen und Bürger!

liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zweifellos ist die Erinnerung des 9. November in Deutschland sehr vielschichtig.

Das Erinnern des deutschen 9. November bleibt für alle Zukunft ein Politikum, weil das Ringen um die **Deutung** der epochalen Ereignisse am 9. November zu keinem Ende kommen wird: Zu bedeutend sind diese Ereignisse, die uns und unsere Geschichte bis heute prägen. Vor allem in der Deutung der Geschehnisse des 9. November 1938 geht es um das „historische Licht“, in dem Staat, Parteien, Gewerkschaften, Unternehmer, Kirchen und auch die Bürger erscheinen. Was dem einen Licht, bringt dem anderen Schatten.

Der Deutsche Bundestag hat heute vor einem Jahr den 9. November mit drei „Überschriften“ gekennzeichnet: „Aufbruch in die Republik – Tag der Schande – Tag der Freiheit“. Ich möchte hier in Gladbeck eine **weitere** hinzufügen: „Tag gegen Hass und Gewalt, für Demokratie und soziale Gerechtigkeit“.

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Am 9. November **1848** wurde der Abgeordnete der Frankfurter Nationalversammlung Robert Blum von den Truppen der Konterrevolution in Wien erschossen. Robert Blums Ziele waren die "gerechtere Verteilung der Güter der Erde, nicht durch Gewalt, sondern durch friedliche Ausgleichung; Beschränkung der unheilvollen Übermacht des Geldes; genügender und entsprechender Lohn der Arbeit und des Verdienstes; Erhebung der so genannten unteren Klassen zu gleichem Menschenrecht und gleichem staatlichen Rechte". Das sind frühe Worte des **Aufbruchs** in eine soziale und demokratische Republik.



Mit dieser Auffassung stand er für **eine** Möglichkeit der deutschen Geschichte, wie sie auf den Tag 70 Jahre später, am 9. November 1918 Wirklichkeit zu werden schien. Dann aber - obwohl der Kaiser gestürzt und die Republik ausgerufen wurde, realisierte sich am 9. November **1923**, dem gescheiterten Putsch von Hitler und Ludendorff, und insbesondere mit den Novemberpogromen des Jahres **1938** die **andere**, die schrecklichere deutsche Möglichkeit. Sie führt bekanntlich in den Weltkrieg und zur Hölle von **Auschwitz** - **einem welthistorisch einzigartigen Zivilisationsbruch**.

So wie in Gladbeck, brannten in allen Teilen des Landes Häuser und jüdische Geschäfte, Menschen wurden gejagt, misshandelt und getötet. In ganz Deutschland wurden im Laufe dieser planvollen Aktion von SA-Mitgliedern und anderen Nazis Jüdische Friedhöfe geschändet und entweiht, Synagogen in Brand gesetzt.

Am nächsten Morgen waren 267 Synagogen zerstört, über 7.500 jüdische Geschäfte und Wohnungen verwüstet, 91 jüdische Mitbürger durch SA-Trupps ermordet und 30.000 in Folterkellern der Willkür ihrer Peiniger ausgeliefert.

Der Großteil der deutschen Bevölkerung beteiligte sich freilich nicht an den Gräueltaten; half den Opfern aber auch nicht. Natürlich ist es aus heutiger Sicht einfach, darüber ein moralisches Urteil zu fällen. Im Frieden ist es leicht, ein Held zu sein.

Der 9. November **1938** ist seither ein Symbol der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Ausrottungspolitik und hat sich tief in das kollektive Gedächtnis der Deutschen und der Welt eingegraben.

Der 9. November 1938 war ein Wendepunkt der NS-Diktatur. Von diesem Tag an, als die Synagogen brannten, war der staatliche Terror offenbar. Jeder wusste jetzt, wohin Hitlers Diktatur führte: Synagogen wurden angezündet, und die Feuerwehr durfte nicht löschen. Die Schaufenster jüdischer Geschäfte wurden eingeschlagen, und die Polizei griff nicht ein. Jüdische Bürgerinnen und Bürger wurden wahllos verhaftet, gedemütigt, gefoltert und viele ermordet.

Diese Nacht vom 9. zum 10. November war wie ein weithin sichtbares Zeichen für **das**, was noch kommen sollte: die systematische und fabrikmäßig organisierte Ermordung von Millionen europäischer Juden.

Und nicht nur das: Der seit den 20iger Jahren sich verstärkt entwickelnde Anti-Semitismus wurde begleitet von einem gnadenlosen Kampf deutsch-nationaler und nationalsozialistischer Parteien, rechtsgesinnter Polizei und Wehrmacht sowie einer rechtsorientierten Justiz **gegen** die Verfechter der „Weimarer Demokratie“. Die ungesühnten Morde des Marineregiments „Loewenfeld“ in Gladbeck Ostern 1920 und die von Staatsorganen verhinderte Aufklärung, ließen bereits die „Handschrift des autoritären und antidemokratischen Gewaltstaates“ erkennen.

Noch deutlicher wird am Leidensweg des von uns verehrten **Mathias Jakobs**, dass der Weg zur Reichspogromnacht von 1938 über die Zerstörung demokratischer, zivilgesellschaftlicher Institutionen führte. Insbesondere galt dieser innerstaatliche und innergesellschaftliche Vernichtungsfeldzug vom ersten Tag an der Weimarer Republik, der Demokratie, den freien Gewerkschaften, der Sozialdemokratie, den Sozialisten.

Es ist dieser Weg von der gefährdeten Demokratie bis zur Diktatur, der uns **heute** wieder mehr Aufmerksamkeit abverlangen muss. Das Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht verlangt nach einem Denken und Handeln, damit wie Theodor. W. Adorno sagte: „**Auschwitz nie wieder sei.**“

Jener Adorno, der feststellte: „Wer von Faschismus redet, darf vom Kapitalismus nicht schweigen.“

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir müssen uns aller Erinnerungsposten der Vergangenheit bewusst sein, um ihre Mahnung zu verstehen. Diese Gedenkstätte symbolisiert dabei die Veränderbarkeit des Gedenkens und seine politische Instrumentalisierbarkeit. Diese Stele symbolisiert von der nationalsozialistischen Kriegsverherrlichung bis zum Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewalt die **Notwendigkeit aktiver Erinnerungsarbeit.**



Die Nazis sind nicht mit einem Raumschiff auf die Erde gekommen: sie hatten Helfer. Nie zuvor ist es der großindustriellen Profitgier ermöglicht worden, den „totalen Krieg“ mit der „totale Ausbeutung“ in den Betrieben und vor allem in den Konzentrations- und Vernichtungslagern zu verknüpfen. Es bedurfte vieler politischer Handlanger und Mitläufer damit die „Wehrwirtschaftsführer“, die NS-Parteigrößen und die Mordtruppen von SA und SS sich der demokratischen Arbeiter, Gewerkschafter und Sozialdemokraten, Christen und Kommunisten entledigen konnten. Es waren die Kohle- und Stahlbarone, die sich mit Betriebsverfassung und Betriebsräten, Tarifverträgen mit Lohn- und Urlaubsansprüchen, dem 8-Stunden-Tag und dem 1. Mai nicht abfinden wollten. Wozu braucht der „Herr – im – Hause“ ein Parlament? Einen sozialdemokratischen Abgeordneten wie Mathias Jakobs? Die Rüstungsgeschäfte dieser Herren waren mit dem Kaiser nicht weniger profitabel als mit den Nazis.

Heute wissen wir, dass die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Weimarer Republik auch eine Geschichte der Lohndrückerei, des Sozialabbaus, der Beseitigung von Arbeitnehmerrechten und der Aushöhlung von Arbeitnehmerorganisationen war. **Und die Geschichte der schrittweisen Aushöhlung demokratischer Rechte und Institutionen.**

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Hätten die Kohle- und Stahlbarone, die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, die Kirchen und die Sozialisten, Demokraten und Republikaner nicht doch die Kraft gehabt, den NS-Staat zu verhindern?

Ich glaube schon. Welchen Preis aber hätten sie zahlen müssen, um diesen Katastrophenfall menschlicher Zivilisation gemeinsam zu verhindern? Die Antwort auf diese Frage ist gar nicht so schwierig. Hören wir den Schluss der Biographie über Matthias Jakobs, die Frank Bajohr und Rainer Weichelt 1987 verfasst haben:

“Wenn man überhaupt aus dem Leben und dem Werdegang, den Leistungen und Erfolgen von Mathias Jakobs „lernen“ kann, dann die Erkenntnis: „dass ein demokratisches Gemeinwesen, das bestehende Verteilungskämpfe und Krisenlagen verschärft, Spaltungen und Segmentierungen der Gesellschaft einkalkuliert und auf eine sozialstaatliche Fundierung verzichtet, die Grundlagen seiner Existenz gefährdet.“

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Dieses Zitat führt zweifellos in die **Gegenwart**.

Groß war die Freude über die friedliche Überwindung der Mauer und das Ende der deutschen Teilung am 9 November 1989. **Dennoch spürt man die Verschiebung des erinnerungspolitischen Koordinatensystems von 1938 bzw. 1945 seit der Wende 1989.** Ein Hauptziel rechter, national-konservativer Kräfte ist dabei die Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen, um neu erwachte antidemokratische Stimmungen, sozial-, mitbestimmungs- und gewerkschaftsfeindliche Haltungen und Großmachtambitionen zu pflegen.

Zugleich werden Lohndrückerei, Sozialabbau, die Ausweitung des Niedriglohnsektors und der Unterschicht, wieder „gesellschaftsfähig“. Ebenso, wie eine unsoziale Beschäftigungs- und Gehaltspolitik superreicher Konzerne und ihrer Bosse. Auch die seit langem betriebenen „Reformen“ der Mitbestimmung und der Betriebsverfassung, die angeblich den Unternehmen **zuviel** kosten und den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften zu viele Rechte geben, verschieben unser historisches Koordinatensystem. Gemünzt waren diese Rechte als Antwort auf das Versagen der Unternehmer und der Politik in der Weimarer Republik und im NS-System. Nie wieder sollte es in Deutschland demokratiefreie - also mitbestimmungsfreie Zonen geben – auch nicht in den Unternehmen. Und doch arbeiten so genannte „Reformer“ aus dem rechten Lager mit Unternehmern und ihren zahlreichen Helfern an einer „neuen sozialen Marktwirtschaft“: Noch weniger Unternehmenssteuern, noch strengeres „Fordern“ nach Hartz IV, noch weniger Betriebsräte, noch weniger Unternehmensmitbestimmung, noch weniger Tarifverträge, noch weniger Kündigungsschutz usw. usw.

Was würde der sozialdemokratische Abgeordnete und Gewerkschafter Mathias Jakobs zu diesen Vorgängen sagen, wenn er zugleich hörte, dass die Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten in Deutschland im vergangenen Jahr sprunghaft gestiegen ist? Insgesamt zählten die Behörden **15 361 Delikte**, 27 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Und seit dem Jahr 1990 sind mehr als **200 Menschen in Deutschland von Nazis ermordetet** worden.

Reden wir also nicht nur über die Geschichte des 9. November 1938. Reden wir über uns:

Wo sind die 8000 Neonazis beschäftigt, die in Dresden zusammen kamen? Wer finanziert die Werbung für DVU, NPD, usw.? Warum können wir Naziparteien nicht verbieten, obwohl genau **das** der Auftrag des Grundgesetzes ist? Warum reicht polizeiliche Aufklärung nicht hin, um rechter Gewalt gegen Mitbürger vorzubeugen? Warum müssen Dörfer und Ortschaften vor rechten Schlägern kuschen? Warum funktioniert die Schule oft nicht, wenn es um die Erziehung **gegen** Hass und Gewalt und **für** Demokratie und Menschenrechte geht?

Gewalttäter mit dumpfen Parolen und Schreibtischtäter mit menschenfeindlicher Ideologie sind in unserem Land noch eine kleine Minderheit. Das ist kein Trost. Diese kleine Minderheit steht nicht außerhalb der Gesellschaft und auch nicht ganz am Rand. Und sie hat Helfer in Parlamenten und an Schreibtischen. Die Täter von heute fallen nicht vom Himmel. Ihr Hass und ihre Gewalt sind **Teil** unserer Gesellschaft.

Wir müssen fragen: Was läuft in unserer Gesellschaft falsch? Welche sozialen Probleme werden von rechtsextremen Ideologen für ihre Propaganda missbraucht? Welches geistige Vakuum füllen sie?

Johannes Rau stellte fest: „**Es bleibt dabei: Das Recht des Stärkeren ist das stärkste Unrecht.**“ Ich frage: Gilt das nur für rechte Schläger oder auch für Arbeitgeber, die Lehrlinge 10 oder mehr Stunden arbeiten lassen, ohne je den Ausbildungsauftrag zu erfüllen? Gilt das auch für jene, die trotz gigantischer Profite tausende von Menschen um ihre Existenz bringen? Gilt das auch für jene, die die Gesellschaft spalten und Unterschichten schaffen? Gilt das auch für jene, die Mitbestimmungsrechte als überholt etikettieren?



Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Geschichte wiederholt sich nicht. Aber Hass und Gewalt, Intoleranz und Demokratiefeindlichkeit, Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit, Armut und sozialer Abstieg sind in unserer Gesellschaft wieder auf dem Vormarsch.

Viele haben in den letzten Jahren ihr Selbstwertgefühl, ihre Selbstachtung verloren. Sie müssen mit ansehen, wie nur noch der Starke, nur noch der Erfolgreiche, nur noch der Durchsetzungsfähige zählt. Sie fühlen sich zurückgesetzt, vergessen, verlassen, wertlos. Wer sich ausgegrenzt fühlt, grenzt leicht andere aus. Wer Angst hat, keinen Platz zu bekommen, der will andere weghaben.

Unsere Gesellschaft wird immer reicher. Aber viele Menschen haben Angst um ihr Auskommen, um die Zukunft ihrer Kinder. Diese materiellen Sorgen dürfen wir nicht als nebensächlich abtun. Wir müssen sie ernst nehmen und dafür sorgen, dass alle am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben können.

Gerechtigkeit und gleiche Lebenschancen - auch das ist eine Frage von Anstand und Menschenwürde.

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir verneigen uns vor den Opfern des Holocausts.

Wir verneigen uns vor den Opfern des Faschismus und des Krieges.

Wir stehen auf gegen Hass und Gewalt und treten ein für ein für soziale Gerechtigkeit und Demokratie in diesem Land.

Damit Nazis und ihre Wegbereiter nicht weiter in Wirtschaft und Gesellschaft vordringen!

